

Nach Rekordsommer 2026

Schulterschluss für den kommunalen Hitzeschutz

Die extremen Hitzewellen des Sommers 2026 zeigten eindringlich, dass die Anpassung an den Klimawandel zu den drängendsten Aufgaben des gesundheitlichen Bevölkerungsschutzes gehört. Um Erfahrungen auszutauschen und Kooperationsmöglichkeiten auszuloten, lud die Bayerische Landesärztekammer (BLÄK) gemeinsam mit der Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit e.V. (KLUG) Mitte September zu zwei hochkarätig besetzten Gesprächsrunden nach München ein. Gemeinsam mit Repräsentantinnen und Repräsentanten der gesetzlichen Krankenkassen (1. Gesprächsrunde) sowie der bayerischen Kommunalverbände (2. Gesprächsrunde) berieten die Beteiligten darüber, wie Präventionswissen noch breiter verankert und Kommunen bei der Umsetzung von Hitzeschutzmaßnahmen unterstützt werden können.



KI-generiert

Die Datenlage ist besorgniserregend, die Hitzemortalität steigt dramatisch. So lassen sich die einleitenden Worte von Dr. Martin Herrmann, 1. Vorsitzender von KLUG e.V. kurz und knapp zusammenfassen. Die Hitzewellen im Juni und Juli 2026 hätten zu einem drastischen Anstieg der Hitzemortalität in Deutschland geführt. Nach den aktuellen, explizit als konservativ eingestuften Schätzungen des Robert Koch-Instituts (RKI), sei für das Jahr 2026 von über 16.000 hitzebedingten Sterbefällen auszugehen (2025: 2.500).

Herrmanns ernüchterndes Fazit: Deutschland sei auf klimawandelbedingte Extremwetterereignisse wie anhaltende Hitzedome mit Temperaturen von weit über 40 Grad Celsius nach wie vor unzureichend vorbereitet. Zur Stärkung der medizinischen und gesellschaftlichen Krisenresilienz forderte er deshalb die konsequente Umsetzung der im Positionspapier des Bündnisses für den Hitzeaktionstag 2026 definierten Kernmaßnahmen.

Ein zentraler Baustein sei die verbindliche Integration von Extremhitze in die reguläre Krisenvorsorge und den Katastrophenschutz. Dazu gehörten die rasche Aktivierung von Krisenstäben, zentrale Anlaufstellen, erweiterte Erreichbarkeiten relevanter Dienste sowie verbindliche Handlungsanweisungen beim Erreichen kritischer Hitzewarnstufen. Ebenso notwendig seien zielgruppenspezifische und niederschwellige Aufklärungsangebote sowie kühle Notunterkünfte zum Schutz besonders vulnerabler Bevölkerungsgruppen. Auch das Gesundheits- und Sozialwesen müsse hitzeresilienter aufgestellt werden. Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Arztpraxen und Rettungsdienste benötigten einrichtungsspezifische Hitzeaktionspläne, geschultes Personal und vorbereitete Prozesse für gesundheitliche Belastungsspitzen.

Nicht zuletzt brauche wirksamer Hitzeschutz eine verlässliche finanzielle Absicherung der Vorsorgemaßnahmen von Kommunen und

Gesundheitseinrichtungen durch Bund und Länder – etwa über Mittel aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität oder durch eine Anpassung der Gemeinschaftsaufgaben im Grundgesetz.

Allianz mit Krankenkassen: Prävention mit Leben füllen

In der ersten Gesprächsrunde mit den Repräsentanten der gesetzlichen Krankenkassen – der DAK-Gesundheit Landesvertretung Bayern, der Barmer Landesvertretung Bayern, der AOK Bayern, des BKK-Landesverbands Bayern und des Verbands der Ersatzkassen e.V. (vdek), Landesvertretung Bayern – herrschte Einigkeit darüber, dass der „Masterplan Prävention“ des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit, Pflege und Prävention (StMGP) mit Leben gefüllt werden müsse. Das gesundheitliche Ziel Nummer 9 des Plans – der Schutz der Gesund-

heit unter den Bedingungen des Klimawandels – sieht vor, Dörfer, Märkte und Städte sowie deren öffentliche Infrastruktur so zu gestalten, dass ein sicherer Aufenthalt auch bei Hitze und hoher UV-Strahlung gewährleistet ist.

Die BLÄK und die Krankenkassen vereinbarten, sich gemeinsam auf Bundes- und Landesebene dafür einzusetzen, dieses Ziel schneller zu erreichen. Bestehende Förderprogramme, etwa zur Gebäudesanierung, sollten so weiterentwickelt werden, dass gezieltere Investitionen in den baulichen Hitzeschutz möglich werden. Zudem erklärten sich mehrere Krankenkassen bereit, kommunale Hitzeschutzprojekte nach individueller Prüfung finanziell zu unterstützen.

Ein weiterer Schwerpunkt war der Hitzeschutz an Schulen. Kinder seien durch hohe Temperaturen besonders gefährdet. Das bestätigt auch der DAK-Kinder- und Jugendreport „Gesundheitsrisiko Hitze“: Ab einer Temperatur von 30 Grad Celsius steige bei Kindern das Risiko für behandlungsbedürftige Hitzeschäden auf das Neunfache. Dr. Gerald Quitterer, Präsident der BLÄK, erklärte, dass er sich gemeinsam mit den Krankenkassen beim Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus (StMUK) für eine landesweite Leitlinie zum gesundheitlichen Hitzeschutz im Schulsport einsetzen werde.

Kommunen stehen vor großen finanziellen Hürden

In der zweiten Gesprächsrunde machten die kommunalen Spitzenverbände – der Bayerische Bezirktetag, der Bayerische Landkreistag, der Bayerische Städtetag und der Bayerische Gemeindetag – deutlich, dass sie die Hitzeschutzziele des Masterplans Prävention zwar ausdrücklich teilen. Angesichts der enormen Ressourcenknappheit könne die Anpassung jedoch nur schrittweise erfolgen.

Viele öffentliche Gebäude wie Schulen, Kindertagesstätten oder Pflegeeinrichtungen stammen aus Jahrzehnten, in denen weder 40-Grad-Tage noch tropische Nächte eine Rolle gespielt



Wollen den Masterplan Prävention mit Leben füllen: Klaus Schwarzer, Direktor der AOK Bayern, Christina Ruckert, Geschäftsbereichsleiterin bei der AOK Bayern für die Ambulante Versorgung, Dr. Gerald Quitterer, Präsident der Bayerischen Landesärztekammer, Dr. Martin Herrmann, 1. Vorsitzender von KLUG e. V., Hanna Räßiger, Fachbereichsleitung Prävention und regionale Gesundheitsversorgung BKK Landesverband Bayern, Melanie Schäfer, Referentin für Gesundheitspolitik bei der DAK-Gesundheit, und Rainer Blasutto, Leiter der Landesvertretung Bayern der DAK-Gesundheit (v. li.).

hätten. Die notwendigen Sanierungen müssten im Gebäudebestand bewältigt werden, während die Kommunen zugleich zahlreiche weitere Aufgaben stemmen müssten – von der Sicherstellung der Kinderbetreuung über die Versorgung einer älter werdenden Bevölkerung bis hin zu demografisch bedingten Personalengpässen. Hinzu kämen weitere regionale Folgen des Klimawandels wie Trockenheit und Starkregen, die Investitionen in Milliardenhöhe erforderten.

Diese Herausforderungen trafen auf eine historisch angespannte Finanzlage der Kommunen. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik bestätigt, schlossen die bayerischen Kommunen das Jahr 2025 mit einem Rekorddefizit von 4,7 Milliarden Euro ab. Trotz gesteigerter Steuereinnahmen reichten die verfügbaren Mittel nicht aus, um die drastisch gestiegenen Sach- und Personalkosten zu decken.

Die Kommunalverbände unterstrichen daher, dass zusätzliche Hitzeschutzaufgaben ohne

eine verlässliche und koordinierte Finanzierung durch Bund und Länder kaum umzusetzen seien.

Abschließend vereinbarten alle Beteiligten, den Dialog fortzuführen – insbesondere im Rahmen der Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheitsschutz im Klimawandel. Die BLÄK bot den kommunalen Spitzenverbänden zudem die Unterstützung des Bündnisses Hitzeschutz Bayern an. Mit medizinischer Expertise stünden die BLÄK und das Bündnis den Kommunen partnerschaftlich zur Seite – sowohl in der Beratung als auch bei der Gründung und dem Ausbau regionaler Hitzeaktionsbündnisse. Dass solche Kooperationen erfolgreich funktionieren können, zeigten die lokalen Hitzeaktionsbündnisse in den Landkreisen Ostallgäu und Ebersberg. Sie seien Beispiele dafür, wie regionale Akteure beim Hitzeschutz wirkungsvoll zusammengeführt werden können.

Florian Wagle (BLÄK)